

**Statement von LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun auf der PK zur
gemeinsamen Erklärung „Flucht und Migration nicht instrumentalisieren!“**

Termin: 14.07.2015, 11:30 Uhr

Ort: Helmut-Simon-Saal, 3. Obergeschoss, Große Bleiche 47, 55116 Mainz

Die Unternehmer im Lande sind der Überzeugung, dass es die Politik unterlassen sollte, Flucht und Migration zu instrumentalisieren.

Da ist zum einen die grundgesetzlich geschützte Würde des Menschen. Unsere Verfassungsväter und –mütter haben aus gutem Grund bei diesem zentralen Verfassungsgrundsatz den Gattungsbegriff „Mensch“ genutzt – Staatsangehörigkeit, Ethnie, Religion oder was auch immer spielen dabei keine Rolle.

Jenseits dieser prinzipiellen, an allgemeingültigen Werten orientierten Betrachtung erinnert die Erklärung zudem daran, dass Rheinland-Pfalz selbst Auswanderungsland war. Tausende Pfälzer, Rheinhessen und Rheinländer haben ihre Heimat aus materieller Not verlassen. Heute würde man sagen, sie waren „Wirtschaftsflüchtlinge“! Genauso gab es auch politische Flüchtlinge und aus anderen Gründen verfolgte.

Wir sollten uns freuen, dass aus unserem Land keiner mehr fliehen muss. Die eigene Geschichte sollte uns lehren, nicht herablassend auf Flüchtlinge und Migranten zu blicken, über sie zu reden oder sie gar herablassend zu behandeln.

Wir als Wirtschaft betonen darüber hinaus, dass wir dringend auf Zuwanderung angewiesen sind. Das gilt für Rheinland-Pfalz, aber auch für Deutschland insgesamt: Bis 2030 wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Altern um rund acht Millionen sinken. Zuwanderung ist ein Baustein, um dem sich bereits heute abzeichnenden Fachkräftemangel zu begegnen.

Dieser Baustein ist nicht das Allheilmittel, aber eben ein Baustein im eigentlichen Sinne: Erst im Verbund mit anderen Baustein erhalten wir ein Ganzes, dass uns den demografischen Wandel bewältigen lässt. Zu diesen anderen Bausteinen zählen

beispielsweise eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine längere Lebensarbeitszeit.

Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Land haben sich aus den eben genannten Gründen im Februar dieses Jahres für ein Einwanderungsgesetz ausgesprochen.

Das heutige Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht für Nicht-EU-Bürger ist sehr komplex und erinnert an einen Flickenteppich. Ein Einwanderungsgesetz kann aus einem Guss Richtlinien für eine moderne Zuwanderungspolitik aufstellen. Die Zuwanderung ließe sich zudem zielgenauer steuern, beispielsweise über ein Punktemodell, wie es andere Länder mit Erfolg entwickelt haben. Sichert werden muss dabei jedoch, dass hieraus keine neue Form der Abschottung erwächst.

Unabhängig von dieser politischen Forderung sehen wir uns auch als Sozialpartner in der Pflicht. Unternehmen und ihre Belegschaften müssen Zuwanderer spüren lassen, dass sie bei uns willkommen sind.

Diese mittlerweile oft im Mund geführte „Willkommenskultur“ gilt es zu leben, in der Gesellschaft als Ganzes und in den Unternehmen und Betrieben. Eine Willkommenskultur zu schaffen ist aber auch Aufgabe der Politik. Daran erinnern wir mit unserer Erklärung: Flüchtlinge oder Migration zu instrumentalisieren, ist in jedem Fall genau das Gegenteil davon.